



## ÖDP Bayern – Online-Landesparteitag 24.07.2021

### Rede Klaus Mrasek

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,  
ich darf Sie ganz herzlich zum ersten Landesparteitag der ÖDP Bayern in diesem Jahr begrüßen. Wie unsere Aufstellungsversammlung zur Bundestagswahl führen wir unseren Landesparteitag online durch.

#### **Gedenken an die Opfer der Flutkatastrophe:**

Sie alle haben sicherlich die fürchterlichen Bilder in Erinnerung, die uns zu der Flutkatastrophe in Nordrheinwestfalen, Rheinlandpfalz und bei uns in Oberbayern, aber auch aus unseren europäischen Nachbarländern erreicht haben. Zum Gedenken an die vielen Toten und Verletzten darf ich Sie um eine Schweigeminute bitten! Herzlichen Dank!

Liebe Parteifreunde,

das Artensterben und die Klimaüberhitzung sind die beiden größten Gefahren, die uns und den kommenden Generationen auf unserem Planeten Erde drohen. Als ÖDP kämpfen wir seit unserer Gründung mit all unserer Kraft gegen diese existenzbedrohenden ökologischen Krisen.

#### **Artenschutz – Volksbegehren „Rettet die Bienen“:**

Die Menschen in Bayern, und zwar sowohl in den Städten als auch auf dem Land, haben mit ihrer Unterstützung unser Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zum erfolgreichsten Volksbegehren der Nachkriegsgeschichte gemacht. Gerade die Menschen auf dem Land sehen ja tagaus, tagein, wie sich die Landschaft durch die industrielle Agrarproduktion und den Flächenfraß verändert hat. Für uns ist die Arbeit aber nicht erledigt. Was nützt das beste Gesetz, wenn es in der Praxis nicht umgesetzt wird? Vor wenigen Tagen hat Agnes Becker, die maßgebliche Erneuerin des Arten- und Biotopschutzgesetzes in Bayern, gemeinsam mit unseren Partnern im Trägerkreis zum zweiten Mal Bilanz gezogen – Sie ahnen es bereits, diese Bilanz fällt erneut durchwachsen aus.

Die Wissenschaftler der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) bemängeln vor allem die unzureichende Datenlage, die das Monitoring erschwert. Auch der vorgeschriebene jährliche Statusbericht zur Umsetzung des Biotopverbunds durch das Umweltministerium entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben. Der bayernweite Biotopverbund ist ein zentrales Anliegen unseres Volksbegehrens, um die Artenvielfalt und die Lebensräume zu erhalten. Prof. Eckhard Jedicke von der Hochschule Geisenheim kritisiert insbesondere die in dem Statusbericht enthaltenen diffusen Ankündigungen ohne zeitlich konkrete Ziele und festgelegte Bewertungskriterien. Fortschritte gibt es beim Ökolandbau, beim Vertragsnaturschutz und beim Schutz der Gewässerrandstreifen.

Ich zitiere Agnes Becker:

„30 Prozent Ökolandbau bis 2030 sind durch das Volksbegehren vorgegeben. Bei den staatseigenen landwirtschaftlichen Flächen, wo dies schon 2020 erreicht sein sollte, liegt man nicht einmal bei zwölf Prozent. Ähnlich bescheiden sieht es in staatlichen Kantinen aus. Dort liegt der Anteil von Biolebensmitteln immer noch im unteren einstelligen Prozentbereich. 2020 haben die Menschen bewiesen, dass sie gerne ‚bio‘ kaufen, über 20 Prozent Umsatzplus in der Biobranche beweisen das. Auch bei den privaten landwirtschaftlichen Flächen steigt der Bioanteil kontinuierlich an. Nur die Regierung hinkt bisher gewaltig hinterher. Wir sagen: Regional erzeugte Bioprodukte müssen endlich in alle Kantinen der öffentlichen Hand. Bitte Hausaufgaben erledigen.“

Für die ÖDP Bayern kann ich versprechen, dass wir der Staatsregierung auch in Zukunft genau auf die Finger schauen und die Umsetzung unseres Volksbegehrens einfordern werden.

Die Artenvielfalt und der Schutz der Lebensräume werden auf der politischen Tagesordnung bleiben, das haben die vielfachen Reaktionen auf unser Volksbegehren in Deutschland, Europa, ja bis in ferne Länder wie Australien und Japan gezeigt – ein Meilenstein, auf den wir stolz sein können.

### **Klimaschutz:**

Liebe Parteifreunde,

zu Beginn unseres Parteitages haben wir der Opfer der Flutkatastrophe gedacht, daher spreche ich dieses Ereignis jetzt ganz bewusst an, um dem Vorwurf zu kontern, wir würden das Leid der Menschen für unsere politischen Ziele missbrauchen. Diese Flutkatastrophe ist im Wortsinn ein Menetekel – eine Warnung des drohenden Unheils durch die Klimaerhitzung.

Niemand kann sich aus der Verantwortung stehlen mit der Behauptung, dass die Gefahren der Klimaerhitzung nicht bekannt gewesen wären. Vor kurzem habe ich ein Buch gelesen mit dem Titel „Der Treibhauseffekt – Der Mensch ändert das Klima“ aus dem Jahr 1987. Sie haben richtig gehört – aus dem Jahr 1987!

Bereits damals wurden darin die Ursachen des menschengemachten Klimawandels naturwissenschaftlich beschrieben. Alle Regierungen haben es in den letzten 30 Jahren versäumt, diese Ursachen wirksam zu bekämpfen, 30 verlorene Jahre, denen wir noch nachtrauern werden. Wir brauchen endlich wirksame Maßnahmen anstelle wohlfeiler Worte.

Am 29. April hat das Bundesverfassungsgericht BVerfG ein bahnbrechendes Urteil zum Klimaschutz gesprochen. Abgeleitet aus dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2/II S. 1 GG) und dem Staatsziel Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG) hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesgesetzgeber in die Pflicht genommen, für einen wirksamen Klimaschutz zu sorgen. Stichworte: Schutzverpflichtung des Staates, auch für künftige Generationen, Klimaneutralität, Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, Handlungspflicht auf nationaler und internationaler Ebene, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Basis der Freiheitsrechte künftiger Generationen, Klimawissenschaft als Motor der Klimaschutzgesetzgebung usw.

Das hört sich so an, als ob die Verfassungsrichter aus dem ÖDP-Programm zitieren.

Nur am Rande erwähnt wurde dabei, dass das Bundesverfassungsgericht das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung als „unvereinbar mit den Grundrechten“ bewertet hat, dieses Gesetz also nach landläufiger Formulierung „verfassungswidrig“ ist.

Ohne Prophet sein zu wollen, dieses Urteil des BVerfG kann in seinen positiven Folgen für den Klimaschutz kaum überschätzt werden.

Es ist schon eine unglaubliche Dreistigkeit, wenn sich Bundeswirtschaftsminister Altmaier in der Folge dann hinstellt und diese Entscheidung des BVerfG begrüßt. Ausgerechnet Herr Altmaier, der durch die systematische Sabotage des EEG dafür gesorgt hat, dass die Energiewende abgewürgt wurde. Es würde hier den Rahmen sprengen, wenn man alle Bremsen und Blockaden aufführen würde, die ihm und seinen Handlagern eingefallen sind, von den Ausbaudeckeln für die Windkraft und Photovoltaik über die bürokratischen Genehmigungsschikanen bis zur systematischen Benachteiligung von Bürgerenergiegesellschaften.

Auch das Bayerische Klimaschutzgesetz – ein wirkungsloser Papiertiger der Staatsregierung – hat das BVerfG mit seiner Entscheidung zu Altpapier verarbeitet. Altpapier ist auch das Beste, was man aus diesem Papiertiger machen konnte.

Wir brauchen die echte Klimaschutzwende statt der bisherigen Ankündigungspolitik. Unser Energieverbrauch muss erstens reduziert werden, jede nichtverbrauchte Kilowattstunde muss nicht erzeugt werden. Unser Energieverbrauch muss zweitens effizienter werden, d. h. die Energiedienstleistung muss mit möglichst geringem Energieeinsatz erreicht werden. Und unser Energieverbrauch muss drittens aus 100 % Erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Um die Dimension dieser Transformation zu verdeutlichen, will ich diese Herausforderung am Beispiel meiner Heimatstadt Amberg erläutern:

Amberg, 42.000 Einwohner, ein hoher Anteil an Gewerbe und Industrie, Jahresstromverbrauch 2019 280 GWh, davon 70 Prozent für Gewerbe und Industrie, 30 Prozent für private Haushalte und Kleingewerbe. In Amberg sind ca. 1.150 PV-Dachflächenanlagen installiert, die gemeinsam 20 GWh Strom erzeugen. Dazu kommen fünf PV-Freiflächenanlagen, die in Betrieb bzw. in der Bauphase sind, mit einer Stromerzeugung von 30 GWh. Außerdem sind unsere Stadtwerke an Windkraftanlagen beteiligt, so dass daraus weitere 10 GWh bilanziell gerechnet werden können, in Summe also 60 GWh – bleibt eine Lücke von 220 GWh. Von der Sektorenkopplung, also den Ersatz fossiler Energieträger auch in den Sektoren Verkehr, Wärme/Kälte und Industrie, will ich überhaupt noch nicht sprechen.

Ich kann unseren kommunalen Mandatsträgern nur empfehlen, diese Rechnung für ihre Kommune aufzumachen und die Energiewende vor Ort konkret einzufordern.

Liebe Parteifreunde,

der Landesvorstand hat den Klimaschutz für diesen Landesparteitag zum zentralen Thema gemacht und zwar zu einem Zeitpunkt, als die aktuellen Flutkatastrophen nicht absehbar waren.

Klimaschutz als zentrales Thema

- Unseres Positionspapiers Klimaschutz der ÖDP Bayern
- Unseres Vorschlages für den neuen Namenszusatz Klimabündnis Bayern und
- Unseres Filmprojekts zum Wahlkampfauftakt
- Unserer Social Media Kampagne für unsere Direktkandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl

An dieser Stelle darf ich unseren neubestellten Landesbeauftragten für Klimaschutz Dr. Michael Stöhr ganz herzlich danken für die Formulierung des Positionspapiers. Wenn wir heute dieses Positionspapier

beschließen, setzen wir damit den Maßstab für den Klimaschutz in Bayern, so wie wir es mit unserem Volksbegehren Rettet die Bienen für den Artenschutz getan haben.

Lieber Michael, bei der Erstellung des Positionspapiers hast Du die Frage aufgeworfen, ob das Bild „Kein Russisch Roulette mit dem Erdklima!“ nicht zu drastisch gewählt ist.

Ist „Russisch Roulette“ bekannt? Es wird nicht am Roulette-Tisch gespielt, sondern mit einem Revolver – das Risiko steigt mit jeder Patrone in der Trommel – weitere Details erläutere ich gerne bei Gelegenheit. Die Katastrophen der letzten Tage haben gezeigt, dass dieses Bild „Russisch Roulette“ genau passend ist und damit die Frage, wieviele Patronen in die Trommel des Klima-Revolvers geladen werden. Die Wahwitzigen von der AfD und ihre Mitwahnsinnigen aus dem Lager der Klimaleugner will ich hier einmal nicht ignorieren – die AfD kommt nämlich mit einer Pistole und vollem Magazin zum Klima-Roulette. Wer den Unterschied zwischen einer Pistole und einem Revolver kennt, weiß, was ich meine.

Die AfD ist nicht nur die Partei des völkisch-nationalen Egoismus, des Inhumanismus und der Ablehnung einer weltoffenen und fairen Kooperation in unserem gemeinsamen Haus Erde – die AfD ist die Partei des aggressiven Anti-Ökologismus – das hat die Debatte zum Klimaschutz im Bayerischen Landtag am Mittwoch deutlichst gezeigt.

In dieser Debatte hat Ministerpräsident Söder einen interessanten Satz gesagt.

Zitat: „Wie bei Corona muss man beim Klimaschutz auf die Wissenschaft hören!“

Drängt sich natürlich die Frage auf, warum Herr Söder erst jetzt auf die Klimawissenschaft hört. Und damit sind wir beim Vergleich zwischen der Corona-Pandemie und dem Klimaschutz.

Machen wir uns nichts vor – die Leugner der Klimaerhitzung werden auf den gleichen Baukasten zurückgreifen wie die Corona-Leugner – die Methode heißt PLURV.

PLURV steht für

- Pseudo-Experten
- Logikfehler
- Unerfüllbare Erwartungen
- Rosinenpickerei und
- Verschwörungsmythen

Letztlich geht es den Leugnern der Klimaerhitzung darum, die eindeutigen Ergebnisse der Klimawissenschaft mit allen Mitteln in Zweifel zu ziehen. Als ÖDP sind wir gut beraten, bei den globalen Krisen wie Artensterben, Klimaüberhitzung und Bekämpfung von Hunger und Armut auf die "Wissenschaft als lernendes Systems" zu vertrauen.

Es gibt auch Unterschiede zur Corona-Pandemie. Impfstoffe gegen das Corona-Virus gibt es mittlerweile, einen Impfstoff gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und gegen Hunger und Armut werden wir jedoch nie bekommen. Und wir müssen beim Klimaschutz langfristig, dauerhaft und nachhaltig handeln zum Nutzen kommender Generationen – die Widerstände der Leugner werden gewaltig sein!

Liebe Parteifreunde, in seiner Regierungserklärung am Mittwoch hat Herr Söder einen Begriff verwendet, bei dem wir hellhörig werden sollten – der Begriff heißt „Klimaanpassung“.

Wenn mit „Klimaanpassung“ gemeint ist, dass

- Der Flächenfraß in Bayern endlich gestoppt wird
- Der Hochwasserschutz nicht nur durch Polder an der Donau, sondern durch die Wiederherstellung natürlicher Retentionsflächen an allen Fließgewässern gewährleistet wird

- Die Moore als wichtigste CO<sub>2</sub>-Speicher wieder vernässt werden
- Die Land- und Forstbewirtschaftung klimaverträglich angepasst wird
- Die Wasserkreisläufe zukunftsfähig gestaltet werden

dann, liebe Parteifreunde, sind wir bei der „Klimaanpassung“ als zweitem Baustein dabei. Wenn „Klimaanpassung“ aber bedeuten soll, weiter so mit der Freisetzung von Treibhausgasen, die Folgen bekommen wir schon mit irgendeiner Science-Fiction-Technik in den Griff, dann werden wir diese Pseudo-Lösung als klimapolitisches Placebo bloßstellen.

Apropos Flächenfraß: Die ÖDP Bayern hat 2015 in einer Petition die stufenweise Reduzierung des Flächenverbrauchs für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen innerhalb von zehn Jahren auf Netto Null gefordert. Unser Ziel ist eine Flächenkreislaufwirtschaft, die letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Leider gilt beim Flächenschutz dasselbe wie bisher beim Klimaschutz – keine konkreten Ziele, kein konkreter Zeitplan.

Zurück zum Klimaschutz – zentrales Ziel bleibt: Die Treibhausgase müssen reduziert werden, damit wir das Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten.

Ich wünsche mir, dass wir heute unser Positionspapier Klimaschutz, verfasst von unserem Landesbeauftragten Dr. Michael Stöhr, mit großer Mehrheit verabschieden und damit von diesem Landesparteitag ein Appell für diese zentrale Zukunftsaufgabe ausgeht.

### **ÖDP – Grüne:**

Die ÖDP und die Grünen – ein Evergreen, nicht nur weil es um die Grünen geht. Vor wenigen Tagen ist in der FAZ ein Bericht über die ÖDP erschienen, in dem genau dieses Verhältnis thematisiert wird. Bei meinen Diskussionen an unseren Infoständen habe ich immer mit der Gegenfrage geantwortet, wieso es eine CSU und eine SPD gibt, wo doch beide Parteien das Soziale zumindest im Namen haben.

Warum braucht es also die ÖDP? Um die ökologischen Herausforderungen wie Klimaüberhitzung und Artensterben bewältigen zu können, braucht es die ÖDP als zweite ökologische Kraft. Je stärker die Grünen als voraussichtlich künftige Regierungspartei werden, desto notwendiger ist unsere ÖDP. Wir werden genau darauf schauen, ob das Handeln der zukünftigen Bundesregierung tatsächlich die ökologische Kehrtwende bringt. So wie es zwei Parteien gibt, die so tun, als ob sie um das „S“ in ihrem Parteinamen konkurrieren, so muss es unbedingt zwei Öko-Parteien geben, die sich tatsächlich in einem positiven Wettbewerb um die besten ökologischen Weichenstellungen befinden. Wir werden darauf achten, dass auf diesem Weg zur sozialökologischen Transformation nichts weichgespült wird.

Unsere Konfliktlinien zu den Grünen sind klar:

- Die ÖDP ist die einzige Öko-Partei, die am kategorischen Nein zur Gentechnik in der Landwirtschaft festhält. Die Grünen haben diese Ablehnung in ihrem neuen Grundsatzprogramm verwässert.
- Die ÖDP ist die einzige Öko-Partei, die klar für bundesweite Volksentscheide eintritt und keine Konzernspenden annimmt, um unabhängig für Bürgerinteressen eintreten zu können.
- Die ÖDP ist die einzige Öko-Partei, die die Pflege- und Sorgearbeit in den Familien mit einem Familiengehalt finanziell anerkennen will.
- Die ÖDP ist die einzige Öko-Partei, die den Wählerinnen und Wählern reinen Wein einschenkt, indem wir klarmachen, dass ohne einen Verzicht auf klimaschädliches Verhalten die Klimaziele von Paris nicht erreicht werden können.

- Die ÖDP vertritt die Postwachstums- und die Gemeinwohlökonomie und will die soziale zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln. Wir wollen Fair-Trade-Verträge – wer am Welthandel teilnehmen will, muss

- existenzsichernde Löhne für alle Arbeitskräfte gesetzlich garantieren
- die Arbeitsschutzvorschriften der UN-Arbeitsorganisation beachten und
- die Gesetze zum Schutz der Lebensgrundlagen (Wasser, Böden, Klima und Artenvielfalt) weiter verbessern

Der Green New-Deal der Grünen will den Menschen weismachen, dass das Wachstumsdogma unter grünen Vorzeichen fortgeführt werden kann – von Suffizienz kein Wort. Liebe Parteifreunde, das wird nicht funktionieren auf unserem Planeten mit 8 Milliarden Bewohnerinnen und Bewohnern.

### **Wahlaufruf:**

Liebe Parteifreunde,

die Jugendlichen der Fridays-for Future-Bewegung mahnen uns Erwachsene und Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu, endlich so zu entscheiden und zu leben, dass mehr und mehr eine "all-days-for-future-Haltung" entsteht. Sie muss die den Alltag beherrschende "nach-uns-die-Sintflut-Haltung" ablösen. Ohne unbescheiden zu sein: Die ÖDP wurde gegründet und durch die Jahrzehnte erhalten als "every-day-for-future-Partei"! Sie ist das Premium-Angebot an alle, die eine "every-day-for-future-Politik" wirklich voranbringen wollen. Ein solches Angebot müssen wir alle gemeinsam selbstbewusst vorbringen.

Wir gehen mit dem guten Gefühl und der sicheren Überzeugung in den Bundestagswahlkampf, dass unser Programm und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die erforderliche ökologisch-soziale Transformation stehen. Wir vertreten diese Ziele seit unserer Gründung – unsere Konkurrenten müssen Ihren Kurs ändern bis hin zur 180 Grad Kehrtwende. Einige haben noch nicht einmal das Bremspedal gefunden, um die Geschwindigkeit ihrer Fahrt in der Sackgasse zu verringern. Am Ende der Sackgasse steht die Betonwand und der ungebremste Aufprall führt mit Sicherheit zum Totalschaden. Also stehenbleiben, Navi neu programmieren auf sozial-ökologische Transformation oder einfach der ÖDP folgen.

Oder um es kurz mit den Worten von Martin Prey, Bürgermeister von Niedermurach, zusagen:  
„Wir sind nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen!“

Ich wünsche uns allen gutes Gelingen und einen motivierenden Landesparteitag!  
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.  
Klaus Mrasek